

*Florian Stöhr*

# Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland

Politik und Gesellschaft im Widerstreit?

Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 31  
Oktober 2012



**ISPK.org**

Institut für **S**icherheits**P**olitik an der Christian-Albrechts-Universität zu **K**iel

**Florian Stöhr**

Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland  
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 31  
Kiel, Oktober 2012

**Lektorat:**

Stefan Hansen/Jannis Jost

**Impressum:**

Herausgeber:  
Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik  
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel  
Prof. Dr. Joachim Krause  
Westring 400

24118 Kiel

**ISPK.org**

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2012 Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK).

## 1. Einleitung

Beim historischen Rekruten-Gelöbnis vor dem Reichstag am 20. Juli 2008 traf der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eine viel beachtete Unterscheidung zwischen seiner Zeit als Wehrmachtssoldat und dem Auftrag der Bundeswehr:

*„Liebe junge Soldaten! Ihr habt das große Glück – ganz anders als ich als Rekrut des Jahres 1937! – Ihr habt das Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen.“<sup>1</sup>*

Das deutsche Militär untersteht heute zweifellos einem politischen Primat, dessen Entscheidungsprozesse und Akteure strengen demokratischen Prinzipien verpflichtet sind. Aber ist Deutschland tatsächlich noch jene beschworene „friedfertige Nation“? In den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Dissens zwischen den Politikergenerationen sichtbar geworden. Wiederholt hat etwa der Altkanzler Kritik an der Verschiebung der sicherheitspolitischen Koordinaten der Bundesrepublik geäußert. Was rechtfertigt gewaltsame Eingriffe in die Souveränität anderer Staaten? Warum ist die Bundeswehr in einen Kampfeinsatz in Afghanistan verwickelt? Zum Unmut der Kriegsgeneration haben sich ihre Nachfolger im Laufe der 1990er Jahre vom Gebot der strikten militärischen Zurückhaltung, das die deutsche Außenpolitik während des Kalten Krieges prägte, entfernt.<sup>2</sup> Das Tätigkeitsspektrum der über 300.000 Bundeswehrangehörigen, die im Rahmen dieser sicherheitspolitischen *Normalisierung* mittlerweile im Ausland eingesetzt wurden, beschränkt sich längst auch nicht mehr auf die Unterstützung und Versorgung

verbündeter Truppen. Für Thomas de Maizière ist dies die logische Konsequenz aus der gestiegenen Rolle Deutschlands, die keinen „Sonderweg mehr zu unseren Gunsten oder Ungunsten“ zulässt. Nach dem amtierenden Verteidigungsminister müssen die Streitkräfte heute das gesamte Spektrum militärischen Handelns ausführen können, um der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik gerecht zu werden.<sup>3</sup>

Die Positionen einer *Kultur der Zurückhaltung* wirken in einer veränderten weltpolitischen Lage mit neuen Bedrohungen und Konfliktszenarien wie ein Relikt der Vergangenheit. Sie stehen für eine lähmende Selbstbeschränkung und Zaghaftigkeit, die auch international nur noch auf wenig Verständnis stößt.<sup>4</sup> Ihre gesellschaftliche Verankerung wurde jedoch unterschätzt. Während die Mehrheit der etablierten Parteien militärische Mittel als ultima Ratio nicht länger ausschließt, hält die Bevölkerung mit dem neuen Konsens ihrer Eliten nicht Schritt. Aus welchen Gründen sollte Deutschland Soldaten in einen Einsatz schicken? Welches Ausmaß von militärischem Handeln ist politisch und gesellschaftlich vertretbar? Sicherheitspolitische Entscheidungen scheinen nur selten klaren und verlässlichen Motiven, sondern oftmals gesellschaftlichen Stimmungen und innenpolitischen Kalkülen zu unterliegen. Es fehlen die Akteure, Strukturen und Diskurse, um die Neuausrichtung der Streitkräfte als notwendigen Bestandteil einer modernen Sicherheitspolitik und Auslandseinsätze als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu etablieren.

## 2. Militärmacht ohne Strategie?

Allen gegenteiligen Bekundungen zum Trotz fehlte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunächst der politische Wille, die neue „Verantwortungsrhetorik“ einzulösen. Verunsichert über die gestiegenen internationalen

<sup>1</sup> Helmut Schmidt, zitiert aus dessen Redemanuskript, Vgl. Zeit online, 24.07.2008, online im Internet: <http://www.zeit.de/online/2008/30/Schmidt-Rede/komplettansicht>

<sup>2</sup> Vgl. Bölling, Klaus: Erfahrung unerwünscht, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2008.

<sup>3</sup> Vgl. de Maizière, Thomas: „Die Armee ist kein gepanzertes Technisches Hilfswerk“, Interview in: Internationale Politik, Nr. 6/2011, S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. Schlie, Ulrich: Deutsche Sicherheitspolitik in Fesseln? Eine Erwiderung auf Constanze Stelzenmüller, in: Internationale Politik, Nr. 3/2010, S. 107.

Erwartungen an das wiedervereinigte Deutschland zog sich die Politik weiter auf dessen historisch und rechtlich bedingte Sonderrolle zurück.<sup>5</sup> Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts, das im Juli 1994 die Konformität von Auslandseinsätzen mit dem Grundgesetz feststellte, sollte es die Politik nicht zum letzten Mal der Rechtsprechung überlassen, Grundsatzentscheidungen in sicherheitspolitischen Fragen zu treffen. Neben diesem ersten wegweisenden Urteil wurde die Neuausrichtung der Streitkräfte vom zunehmenden Drängen der Bündnispartner begleitet. Diese fürchteten sich längst nicht mehr vor einer Militarisierung Deutschlands und forderten einen substantiellen Beitrag in alliierten Auslandseinsätzen ein. Das „Prinzip des Durchwurstelns“ wurde nicht mehr akzeptiert und deutsche Truppen bei der Stabilisierung von Krisengebieten im Laufe der 1990er Jahre schließlich zur Normalität. Mit der Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 gab Deutschland erstmals auch seine *Tradition des Kriegsverzichts* auf.<sup>6</sup> Zur Irritation der Bündnispartner blieb eine klare Strategie über den Einsatz der Streitkräfte jedoch aus. Die Entscheidungen für einen militärischen Beitrag wirken bis zur Gegenwart „zufällig, anlassbedingt und kontextabhängig“<sup>7</sup>. Zuletzt hat Deutschlands Enthaltung bei der Intervention seiner Partner in den libyschen Bürgerkrieg 2011 für heftige Kritik an seiner Verlässlichkeit und Bündnisolidarität gesorgt. Die über Jahrzehnte kultivierte „zivile Sonderwegmentalität“ scheint in der Bundesrepublik längst noch nicht überwunden.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt/Main, Berlin 2003, S. 417ff; Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2001, S. 205ff.

<sup>6</sup> Vgl. Gießmann, Hans J.: Deutsche Außenpolitik sollte gescheiterte Friedenspolitik sein, in: WeltTrends, Nr. 43/2004, S. 41f; von Bredow, Wilfried: Militär und Demokratie in Deutschland – Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 121ff.

<sup>7</sup> Vgl. Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Bonn 2010, S. 23.

<sup>8</sup> Vgl. Hacke, Christian: Deutschland und der Libyen-Konflikt: Zivilmacht ohne Zivilcourage – ein

Seit Jahren wird in vornehmlich wissenschaftlichen Beiträgen das deutsche Strategiedefizit beklagt und die Grundsätze des erweiterten Gestaltungsspielraums debattiert. Während die Einbindung in multilaterale Organisationen und Prozesse nicht ernsthaft zur Disposition steht, ist die Bedeutung der Streitkräfte für die deutsche Außenpolitik umstritten. Sollte sich die Bundesrepublik, angesichts ihrer kriegerischen Vergangenheit, als „Friedensmacht“ verstehen oder ihren Partnern folgen, die Militäreinsätze nie als außenpolitisches Machtinstrument ausgeschlossen haben?<sup>9</sup> An politischen Grundsatzpapieren fehlt es indes nicht. Neben dem ressortübergreifend abgestimmten Weißbuch der Bundesregierung von 2006 geben die im Mai 2011 vorgestellten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) des Bundesverteidigungsministeriums aktuellen Aufschluss über die Rolle der Streitkräfte:

*„Sicherheit für unser Land zu gewährleisten, bedeutet heute insbesondere, Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten und sich aktiv an deren Vorbeugung und Einhegung zu beteiligen. Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften. [...] Militärische Einsätze ziehen weitreichende politische Folgen nach sich. In jedem Einzelfall ist eine klare Antwort auf die Frage notwendig, inwieweit die Interessen Deutschlands den Einsatz erfordern und rechtfertigen und welche Folgen ein Nicht-Einsatz hat.“<sup>10</sup>*

Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39/2011, S. 51ff.

<sup>9</sup> Einen guten Überblick über die verschiedenen Positionen liefert: Kleinwächter, Lutz/Krämer, Raimund: Militärmacht Deutschland? Zur aktuellen Debatte um Auslandseinsätze, WeltTrends-Papiere, Nr. 5, Potsdam 2007.

<sup>10</sup> Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien, 27. Mai 2011, Berlin, S. 5.

Die VPR sprechen den Streitkräften eine bedeutende Rolle zur Wahrung von Deutschlands Gewicht in der Staatengemeinschaft und seiner sicherheitspolitischen Interessen zu. Über die klassische Abwehr von Gefahren des Staats- bzw. Bündnisgebiets und humanitären Hilfsmaßnahmen hinaus umfasst das Aufgabenspektrum der Bundeswehr nach ihrem obersten Dienstherrn de Maizière die Erhaltung und mitunter Erzwingung des internationalen Friedens. Kaum wahrgenommen definieren die Richtlinien die Fähigkeit zu Kampfeinsätzen als zukünftigen Maßstab für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.<sup>11</sup> Der breite Auftrag der Streitkräfte spiegelt sich auch in ihrem, häufig übersehenen, objektiven Potential wider. Deutschland kann im internationalen Vergleich in puncto Einsatzkräfte, Verteidigungsausgaben, Qualität in Ausrüstung und Ausbildung sowie Rüstungsexporten durchaus als Militärmacht betrachtet werden.<sup>12</sup>

Insbesondere die heftige öffentliche Kritik an den Aussagen des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler über den mitunter interessegeleiteten Auftrag der Streitkräfte im Mai 2010, der sich in vergleichbarer Form auch im Weißbuch der Bundesregierung wiederfindet, hat allerdings gezeigt, dass politische Dokumente für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die deutsche Sicherheitspolitik nicht ausreichen. Sie können eine öffentliche Diskussion anstoßen, diese aber nicht ersetzen.<sup>13</sup> Hierin liegt das eigentliche Problem für die häufig kritisierte Wankelmütigkeit

Deutschlands bei der Bereitstellung von Truppen. Seine Entscheidungsträger verweigern den Diskurs mit der Bevölkerung, weil diese den zunehmenden internationalen Verpflichtungen und vor allem Militäreinsätzen kritisch bis ablehnend gegenübersteht.<sup>14</sup>

## 2. Sicherheitsinteressen in Afghanistan: Eine sprachlose Politik und ihre Konsequenzen

Neben präzisen und verlässlichen Strategien wird in sicherheitspolitischen Beiträgen regelmäßig gefordert, dass die deutsche Bevölkerung an den Entscheidungen für den Einsatz der Bundeswehr und dessen konkrete Ausgestaltung stärker beteiligt werden müsse. Eine Forderung, der sich zwar zahlreiche Politiker anschließen, die aber an den Realitäten in Auslandsmissionen zu scheitern droht.<sup>15</sup>

Der nunmehr zehn Jahre andauernde Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr steht paradigmatisch für eine „beachtliche Diskrepanz zwischen Umfang und Intensität militärischer Einsätze der deutschen Streitkräfte [...] und der Bereitschaft, dies öffentlich zu debattieren.“<sup>16</sup> Trotz einer zunehmenden Gefährdungslage, in deren Verlauf erstmals deutsche Soldaten in Gefechten sterben und ihrerseits Aufständische töten, blieben die politischen Entscheidungsträger über viele Jahre erstaunlich sprachlos. Während die Regierungschefs eine richtungsweisende Informationspolitik unterließen, wurden ihre Ressortleiter zum eigentlichen Gradmesser der politischen Aufarbeitung des erteilten Auftrags an die Streitkräfte. Der frühere Verteidigungsminister Peter Struck begründete den Einsatz fernab des Bündnisgebiets mit einer umstrittenen Interpretation des Begriffs der Verteidigung, wonach die deutsche Sicherheit von der Stabilisierung Afghanistans abhängt. Sein Nachfolger

<sup>11</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, S. 7ff; 12.

<sup>12</sup> Vgl. Kümmel, Gerhard: Es ist, wie es ist: Deutschland ist Militärmacht! in: Kleinwächter, Lutz/Krämer, Raimund: Militärmacht Deutschland? Zur aktuellen Debatte um Auslandseinsätze, Welt-Trends-Papiere, Nr. 5/2007, S. 113f.

<sup>13</sup> Vgl. Brink, Nana: Beute erlegt, Thema erledigt – Nach Köhlers Rücktritt bleibt die überfällige sicherheitspolitische Debatte aus; in: Internationale Politik, Nr. 4/2010, S. 112f; Stelzenmüller, Constanze: Die selbstgefesselte Republik – Eine Politik in fünf Thesen, in: Internationale Politik, Nr. 1/2011, S. 78; Keller, Patrick: Die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr, in: Analysen und Argumente, Ausgabe 92/2011, S. 6.

<sup>14</sup> Vgl. Chauvistre, Eric: Wir Gutkrieger – Warum die Bundeswehr im Ausland scheitern wird, Frankfurt am Main 2009, S. 17, 44; Naumann, Einsatz ohne Ziel?, S.9, 19f.

<sup>15</sup> Vgl. Geis, Anna: Sicherheitsinteressen am Hindukusch – Desinteresse zuhause? In: Kleinwächter, Lutz/Krämer, Raimund: Militärmacht Deutschland? Zur aktuellen Debatte um Auslandseinsätze, Welt-Trends-Papiere, Nr. 5/2007, S. 97.

<sup>16</sup> Chauvistre, Wir Gutkrieger, S. 15f.

Franz Josef Jung bewies, dass die Politik auf offensive Kampfhandlungen nicht vorbereitet war. Trotz der Zunahme von Gefechten und Gefallenen tabuisierte er Terminologien, die den Einsatz als Krieg klassifizierten.<sup>17</sup> Erst 2009 löste Karl-Theodor zu Guttenberg die vielfach kritisierte Haltung der Bundesregierung mit der Formel der *kriegsähnlichen Zustände* auf. Obwohl der Begriff keineswegs eindeutig war, ermöglichte er erstmals den klaren Blick auf den von den Vereinten Nationen erteilten Auftrag an die ISAF-Staaten, im Rahmen eines nicht-internationalen Konflikts militärische Gewalt anzuwenden.<sup>18</sup>

Während die Politik über eine begriffliche Annäherung an die tatsächlichen Verhältnisse in Afghanistan stritt, wurde der Informationsauftrag an die Bevölkerung vernachlässigt. Die häufig geforderte gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung beschränkt sich vor allem auf Parlamentsdebatten, die es nicht schaffen, die Bürger für den Auftrag der Streitkräfte zu erreichen.<sup>19</sup> Der Politik gelingt es nicht, die Anteilnahme der breiten Öffentlichkeit zu wecken und ihre Kenntnisse über das Mandat der Soldaten in Afghanistan zu schärfen. Vielmehr verhindern ihre Akteure, aus Sorge vor der stetig sinkenden gesellschaftlichen Zustimmung für den Einsatz, eine offene Kommunikation über dessen Anforderungen und Gefahren. Der Krieg in Afghanistan findet daher nur in Expertenkreisen statt. Debatten über die Ausrüstung und Einsatzregeln der Soldaten erfolgen zuvorderst in betroffenen und interessierten Kreisen. Für die Bevölkerung bleibt er virtuell – ein „Krieg der anderen“, der innerhalb eines gefühlten Friedens geführt wird.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Weiss, Dieter: Deutschland am Hindukusch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 43/2008, S. 10.

<sup>18</sup> Vgl. Ramms, Egon: „Der Politik fehlt häufig der Blick für die Realität“, Interview in: Deutsche Atlantische Gesellschaft (Hrsg.): 10 Jahre Afghanistan – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Berlin 2012, S. 7.

<sup>19</sup> Vgl. Geis, Sicherheitsinteressen am Hindukusch – Desinteresse zuhause?, S. 99f.

<sup>20</sup> Vgl. Ebd., S. 100; Gießmann, Hans J./Wagner, Armin: Auslandseinsätze der Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.48/2009, S. 7; Beck,

Der Afghanistan-Einsatz hat die Konsequenzen eines politischen Auftrags aufgezeigt, der eine kritische gesellschaftliche Reaktion fürchtet. Begriffe, taktische und ausrüstungstechnische Maßnahmen, die das Mandat der Streitkräfte in einen Kriegseinsatz umwandeln, wurden nur widerwillig und erst verspätet eingeleitet. Zahlreiche Beispiele für Ausrüstungsmängel der Soldaten, starre Rechtsgrundlagen und eine zweifelhafte *Friedensbürokratie* gefährden die Moral der Streitkräfte. Diese kritisieren, dass ihr Schutz und ihre Effizienz zugunsten eines konstruierten Einsatzbildes vernachlässigt wurden.<sup>21</sup> Es bedurfte einer langen Strecke, bis die Bundeswehr die Fähigkeiten und Einsatzregeln hatte, um den gemeinsamen Auftrag der internationalen Kräfte tatsächlich mittragen zu können. Die Frage der Angehörigen und Kameraden der über 50 gefallenen Soldaten nach dem Sinn des Einsatzes blieb indes ungeklärt: Warum sterben deutsche Soldaten für einen Auftrag, der in der Heimat kaum wahrgenommen und unterstützt wird?<sup>22</sup>

### 3. Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland

Das Verhalten von Staaten resultiert nicht allein aus ihrer Machtposition und ihrer Verflechtung im internationalen System. Insbesondere in Demokratien muss die Politik gesellschaftliche Überzeugungen, historische Erfahrungen und Sozialisierungsprozesse in ihre staatlichen Handlungsstrategien einbeziehen.<sup>23</sup> Diese *politische Kultur* eines Staa-

Ulrich: Nachrichten aus der Weltinnenpolitik, Berlin 2010, S. 57ff.

<sup>21</sup> Vgl. Lindemann, Marc: Unter Beschuss – Warum Deutschland in Afghanistan scheitert, Berlin 2010, S. 45ff, 122; Timmermann-Levanas, Andreas/Richter, Andrea: Die reden – Wir sterben. Wie unsere Soldaten zu Opfern der deutschen Politik werden, Bonn 2010, S. 49ff.

<sup>22</sup> Seliger, Marco: Sterben für Kabul – Aufzeichnungen über einen verdrängten Krieg, Hamburg, Berlin, München 2011, S. 215.

<sup>23</sup> Vgl. Lantis, Jeffrey S.: Strategic Culture: From Clausewitz to Constructivism, Strategic Insights, Volume IV, Issue 10, October 2005, online im Internet: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=32263>



tes prägt seine Außenbeziehungen, denn sie beeinflusst den Entscheidungsspielraum seiner Akteure. In der Regel entwickelt sich diese nur weiter, wenn sich in allgemeinen Diskursen um eine Neuinterpretation politischer Zusammenhänge bemüht wird. Als deren Resultat können neue gemeinsame Deutungsmuster und Handlungsoptionen entstehen.<sup>24</sup> In einem internationalen System, das sich durch einen stetigen Wandel seiner Akteure und Prozesse auszeichnet, ist diese Fähigkeit zur Anpassung eine Voraussetzung für seine Gestaltung. Staaten, die nicht auf Veränderungen reagieren können, laufen Gefahr sich in einer „Kontinuitätsfalle“ selbst zu blockieren.<sup>25</sup>

Die deutsche Sicherheitspolitik erscheint angesichts ihrer historischen Brüche prädestiniert für diese *konstruktivistische Betrachtung*. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich eine politische Kultur herauskristallisiert, die der Rolle von Streitkräften und ihrer Demokratiekompatibilität offen misstraut. Nicht ohne Grund ist die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den 1950er Jahren durch eine große Zahl von politischen und rechtlichen Kontrollmechanismen gekennzeichnet, um ein Eigenleben des Militärs zu verhindern.<sup>26</sup> Von der neu geschaffenen Bundeswehr wurde eine klare Integration in die Gesellschaft und in multilaterale Organisationen erwartet und ihr Auftrag auf die Verteidigung des Staats- bzw. Bündnisgebiets beschränkt.<sup>27</sup>

Mit dem Ende des Kalten Krieges sind diese klaren Grundsätze in Widerspruch zueinander geraten. Die Verflechtung nationaler Interessen mit dem Fortbestand und der Vitalität von Bündnissen wie der NATO und der EU ließ sich

immer schwerer mit einer strikten militärischen Zurückhaltung vereinbaren. Als Vorreiter einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung haben die deutschen Regierungen daher Auslandseinsätze seit den 1990er Jahren sukzessiv ausgeweitet, um ihre Gesellschaft an die veränderte Rolle der Bundesrepublik zu gewöhnen. Doch versäumten sie es, die Bevölkerung durch offene Debatten mitzunehmen. Die Bedeutung der gesellschaftlichen Rückbindung politischer Entscheidungen wurde unterschätzt.<sup>28</sup>

Die anfangs kritische Bevölkerung hat ihren Frieden mit der Institution Bundeswehr geschlossen. Sie hat ihre Integrationsfähigkeit, ihre Selbstbeschränkung auf den Verteidigungsauftrag und auch ihre Kompetenz zu humanitärer Hilfe bewiesen. Im konkreten Fall von Auslandseinsätzen, in denen sich die Streitkräfte oftmals (wieder) auf ihre ursprüngliche Kernkompetenz, den bewaffneten Kampf, konzentrieren, sinkt die Akzeptanz der Gesellschaft allerdings erheblich. Ihr wurde nicht überzeugend erklärt, warum sich das Aufgabenspektrum der Bundeswehrausgeweitet hat. Denn die sicherheitspolitische Kultur in Deutschland hat sich nur auf der Ebene der Eliten nachhaltig weiterentwickelt. Ein Kampfeinsatz wie in Afghanistan ist daher ein *demokratisches Problem*, weil er gegen den Willen der gesellschaftlichen Mehrheit vollzogen wird. Angesichts regelmäßig stattfindender Wahlen setzt sich eine kriegführende Politik einem stetigen Plebiszit aus und läuft Gefahr, ihre Wiederwahl von der Entwicklung in einem Einsatzgebiet abhängig zu machen.<sup>29</sup> Nach den vorgestellten Paradigmen sind die Problemfelder des Afghanistan-Einsatzes die Konsequenzen aus dem Fehlen einer sicherheitspolitischen Kultur, in der die Entsendung von Sol-

<sup>24</sup> Vgl. Schwab-Trapp, Michael: Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999, Opladen 2002, S. 27ff.

<sup>25</sup> Vgl. Sandschneider, Eberhard: Deutsche Außenpolitik: eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 10/2012, S. 3.

<sup>26</sup> Vgl. von Bredow, Militär und Demokratie in Deutschland, S. 113.

<sup>27</sup> Vgl. Hoffmann, Arthur/Longhurst, Kerry: German Strategic Culture and the Changing Role of the Bundeswehr, in: WeltTrends, Nr. 22/1999, S. 146ff.

<sup>28</sup> Vgl. Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra: Das Forschungsprojekt „Strategische Kulturen in Europa“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, in: Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger/Giegerich, Bastian/Jacobs, Jörg/Jonas, Alexandra: Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte, Forschungsbericht 96, September 2011, S. 11ff.

<sup>29</sup> Vgl. Ulrich, Bernd: Wofür Deutschland Krieg führen darf – und muss. Eine Streitschrift, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 52ff.

daten zunächst öffentlich debattiert und nach einer Entscheidung gesamtgesellschaftlich getragen wird.

#### 4. Sicherheitspolitik ist ein Randthema in Deutschland

Das Diskurs-Defizit allein auf die Ebene der politischen Entscheidungsträger zu begrenzen, greift zu kurz. Die *sicherheitspolitische Community* in Deutschland, d.h. jener im Vergleich zu den Bündnispartnern kleine Kreis von Politikern, Militärs, Journalisten, Wissenschaftlern und Interessierten, der sich mit sicherheitspolitischen Themen beschäftigt, hat es bislang nicht geschafft, dem vielfach kritisierten „freundlichen Desinteresse“ (Köhler) der Gesellschaft entgegenzuwirken.<sup>30</sup> Nicht zu Unrecht beklagt de Maizière deren Introvertiertheit und Distanzierung von einer unwissenden Bevölkerung und fordert einen Beitrag von gesellschaftlichen Multiplikatoren ein. Auf die Frage nach einer nationalen Sicherheitsstrategie, die in der Lage sei, nicht nur Fachkreise für eine Debatte über die deutsche Verteidigungspolitik zu erreichen, nahm er in einem Interview im Februar 2012 hierfür auch die Wissenschaft in die Pflicht:

*„Es nützt wenig, wenn man nur Papier beschreibt. Strategien haben wir genug in Deutschland. Man kann einer Gesellschaft so eine Diskussion auch nicht verordnen. Ich bin zum Beispiel froh, wie engagiert die Kirchen diskutieren. Dagegen erkenne ich keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden. Obwohl ja eigentlich Hochschulen eine Art Initialzündler für gesellschaftliche Debatten sein könnten. Es gibt einerseits eine bewegende Anteilnahme am Schicksal deutscher Soldaten, an Gefallenen, Verwundeten oder Traumatisierten. Und auf der anderen Seite eine merkwürdige Teilnahmslosigkeit, was das alles sicherheitspoli-*

*tisch bedeutet. Das verstehe ich nicht immer so ganz.“<sup>31</sup>*

Gemessen an der Zahl wissenschaftlicher Einrichtungen und universitärer Lehr- und Forschungsinstitute ist der akademische Beitrag zur systematischen Erforschung der deutschen Sicherheitspolitik in der Tat gering.<sup>32</sup> Die Reaktionen aus der Forschung waren allerdings ebenso deutlich. Unisono wird beklagt, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung über sicherheitspolitische Fragen staatlich kaum gefördert werde und diese zu normativ aufgeladen sei. Eine nüchterne Forschung werde politisch nicht ausreichend unterstützt und sei in der Bevölkerung, im Vergleich zu anderen außenpolitischen Themen, überaus unbeliebt.<sup>33</sup> Zum Missfallen des Verteidigungsministers reagieren auch andere Akteure der sicherheitspolitischen Community in ähnlicher Weise: ein gesellschaftlicher Diskurs lässt sich nicht erzwingen.<sup>34</sup>

Mit mitunter umstrittenen Ideen versucht de Maizière für die Bedeutung der Streitkräfte zu werben und muss feststellen, dass seine Impulse, ähnlich wie die mit unterschiedlicher Verve getätigten Beiträge seiner Vorgänger, in der Öffentlichkeit kaum durchdringen. Sicherheitspolitik ist sowohl politisch als auch gesellschaftlich ein Randthema. Für die gesellschaftliche Mehrheit, die sich innen- und außenpolitisch sicher fühlt, sind Politikfelder wichtiger, die sie unmittelbarer betreffen. In Befragungen zum Wählerverhalten spielt Sicherheits-

<sup>30</sup> Vgl. Stelzenmüller, Die selbstgefesselte Republik – Eine Politik in fünf Thesen, S. 79f.

<sup>31</sup> De Maizière, Thomas: „Der Abzug ist nicht aus dem Ärmel zu schütteln“, Interview in: Die Welt, 02.02.2012.

<sup>32</sup> Vgl. von Bredow, Militär und Demokratie in Deutschland, S. 58f.

<sup>33</sup> Vgl. Bigalke, Silke: Ungeliebte Kriegsforschung, in: Süddeutsche Zeitung, 27.02.2012.

<sup>34</sup> In Vorträgen etwa bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (26.07.2011), der Clausewitz-Gesellschaft (22.08.2011) oder der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (27.03.2012) ruft de Maizière auch zu mehr Dialogbereitschaft im Journalismus, in staatlichen Institutionen und gemeinnützigen Organisationen auf, um der Distanz zwischen der sicherheitspolitischen Community und der Bevölkerung zu begegnen. Er beklagt, dass seine Appelle und Vorstöße jedoch auf beiden Seiten nur wenig Beachtung finden.



politik daher traditionell keine Rolle. Auch einschneidende verteidigungspolitische Entscheidungen wie die Aussetzung der gesellschaftlich integrativ wirkenden Wehrpflicht im Jahr 2011 werden öffentlich kaum diskutiert. Folgerichtig wird die als Konsequenz der beschlossenen Truppenreduktion bevorstehende Schließung von Kasernen auch politisch vor allem als strukturelles Problem der Länder und nicht als potentielle Einschränkung der Fähigkeiten der Bundeswehr wahrgenommen.<sup>35</sup> Für den ehemaligen Wehrbeauftragten der Bundeswehr Reinhold Robbe ist nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter den Entscheidungsträgern ein zu geringes sicherheitspolitisches Verständnis zu beobachten. Bezogen auf den Afghanistan-Einsatz kritisiert er ein hohes Maß an Unwissenheit und „hilflose Statements“, mit denen den Bürgern der Sinn des Einsatzes niemals vermittelt werden könne.<sup>36</sup> Ein unbeliebtes Politikfeld macht sich offenbar auch in der außen- und sicherheitspolitischen Expertise im Bundestag bemerkbar.

Als weiterer wesentlicher Bestandteil für eine gesamtgesellschaftliche *Debattenkultur* werden die Soldaten aufgefordert, „Klartext nach oben und außen“ (Köhler) über ihren Auftrag und ihre Bedürfnisse zu sprechen. Welchen Beitrag leisten die Streitkräfte für den sicherheitspolitischen Diskurs in Deutschland? Robbe kritisiert auch die militärische Führung, die die Politik nur unzureichend über die Einsatzrealitäten in Afghanistan unterrichtet hat:

*„Die militärische Spitze muss sich fragen lassen, weshalb sie etliche Probleme beschönigt hat. Sie hätte sich entschieden zur Wehr setzen müssen. Wer goldene Sterne links und rechts trägt,*

<sup>35</sup> Vgl. Blechschmidt, Peter/Szymanski, Mike/Widmann, Marc: Kampf um die Kasernen, Süddeutsche Zeitung, 26.10.2011, online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/de-maizires-standortkonzept-fuer-bundeswehr-kampf-um-die-kasernen-1.1173267>.

<sup>36</sup> Vgl. Robbe, Reinhold: „Robbe redet Tacheles“, Interview in: Der Stern, 21. April 2010, online im Internet: <http://www.stern.de/politik/deutschland/afghanis-tan-einsatz-robbe-redet-tacheles-1560100.html>

*der muss auch mal den Mund aufmachen.“<sup>37</sup>*

Der Idee des mitunter unbequemen militärischen Partners der Politik, der als ‚mündiger Soldat‘ öffentlich über seine Bedürfnisse spricht und seine Unterstützung aktiv einfordert, stehen Karrieredenken und der Anpassungsdruck in einem weitverzweigten Hierarchieapparat gegenüber<sup>38</sup> – eine Kritik, der sich auch ranghohe Soldaten anschließen. Nach General a.D. Egon Ramms wird die wahrheitsgemäße Beratung der Politik oft von einem Denken konterkariert, dieser möglichst keine innenpolitischen Probleme zu bereiten.<sup>39</sup> Die streitkräfteinterne Kritik am mangelnden Sachverstand ihres Auftraggebers und der Bevölkerung ist danach auch hausgemacht. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl publizistischer Erfahrungsberichte von Einsatzkräften in Afghanistan, die erstmals sogar eine breitere Leserschaft fanden, nimmt der *Staatsbürger in Uniform* nur selten eine wahrnehmbare Position im sicherheitspolitischen Diskurs ein. Organisationelle Gründe und nicht zuletzt ein durchaus verbreitetes „Elitiverständnis“<sup>40</sup> verhindern den öffentlichen Beitrag durch jene Akteure, die von Militäreinsätzen unmittelbar betroffen sind. Im Ergebnis wirkt sich diese Beobachtung vor allem zulasten der Einsatzkräfte aus, die neben der mangelnden politischen und gesellschaftlichen Unterstützung auch ein „latentes System des Schweigens“ im Militär beklagen.<sup>41</sup>

#### 4. Schlussfolgerungen

Braucht Deutschland eine *Grand Strategy* oder neue Gremien, die die sicherheitspolitische Neujustierung seit seiner Wiedervereinigung besser begründen und widerspiegeln? Bei genauerer Betrachtung mangelt es nicht an Grundsatzdokumenten und Strukturen. Die Bundesrepublik ist weder strategie- noch ori-

<sup>37</sup> Robbe, „Robbe redet Tacheles“.

<sup>38</sup> Vgl. Naumann, Einsatz ohne Ziel, S. 69, 89.

<sup>39</sup> Vgl. Ramms, „Der Politik fehlt häufig der Blick für die Realität“, S. 10.

<sup>40</sup> Naumann, Einsatz ohne Ziel?, S. 60.

<sup>41</sup> Vgl. Lindemann, Unter Beschuss, S. 18; Timmermann-Levanas/Richter, Die reden – Wir sterben, S. 44ff.

entierungslos, sondern verfügt nicht über das notwendige Fundament für eine verlässliche Verfolgung ihrer Ziele und die an sie gerichteten Erwartungen.<sup>42</sup> Ihr fehlt eine sicherheitspolitische Kultur, in der Militäreinsätze gesellschaftlich verankert sind und in ihrer Entstehung und Umsetzung öffentlich begleitet werden. Von oben verordnete Konzepte und Entscheidungen können die Rolle der allgemeinen Unterstützung der Streitkräfte, die sich mit deren gesteigener Bedeutung auseinandersetzt, nicht ersetzen.

Obwohl Sicherheitspolitik keine herausragende Rolle in der allgemeinen Wahrnehmung der deutschen Politik einnimmt, lassen sich entsprechende Handlungsstrategien nicht an der Öffentlichkeit vorbei entscheiden. Die breiten Demonstrationen gegen eine Beteiligung an dem von den USA forcierten Irak-Krieg 2003, aber auch die öffentliche Aufmerksamkeit für globale humanitäre Notlagen, die von der Regierung ein entschiedenes Krisenmanagement einfordert, zeugen davon, dass sich die Bevölkerung durchaus mit sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen kann.<sup>43</sup> Angesichts dieser widersprüchlichen Tendenzen über den Auftrag der Streitkräfte fehlen bislang jedoch die gesamtgesellschaftlichen und kritischen Diskurse über die Ziele und Mittel des deutschen Verantwortungs- und Gestaltungswillens. Welche Rolle soll die Bundeswehr dabei einnehmen? Was rechtfertigt ihren Einsatz und die Gefahr von Verlusten? Normative Ansätze, denen sich nicht zuletzt die Politik zur Begründung von Militäreinsätzen bediente, verhindern bisweilen den Blick auf eine sachliche Auseinandersetzung über legitime Interessen und die Instrumente für deren Verfolgung.

Die vorgestellten Beobachtungen legen den Schluss nahe, dass es weniger an Strategien als an den Akteuren mangelt, die die gesteigerte Rolle Deutschlands im internationalen System überzeugend kommunizieren. Inner-

halb der politischen und militärischen Führung lässt sich eine Blockadesituation feststellen, die eine mit Nachdruck verfolgte, öffentlich ausgetragene Diskussion über die Ziele und Grenzen einer mitunter militärisch gestützten, gestaltenden Rolle der Bundesrepublik verhindern. Angesichts dessen scheint in der Tat die sicherheitspolitische Community aufgerufen, als Mittler zwischen Entscheidungsträgern und Gesellschaft zu wirken. Bislang fehlt es ihr jedoch an Förderung, Bereitschaft und nicht zuletzt aufgrund ihrer Größe und ihres Nachwuchsproblems an gesellschaftlicher Repräsentativität, um diese Themen nachhaltig in die Öffentlichkeit zu tragen. Unter diesen Umständen laufen die Auslandseinsätze Deutschlands auch in Zukunft Gefahr, „Ad-hoc-Entscheidungen“<sup>44</sup> zu bleiben, die weder den eigenen noch den Ansprüchen der Bündnispartner gerecht werden.

---

<sup>42</sup> Vgl. Sandschneider, Deutsche Außenpolitik: eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle, S. 4f.

<sup>43</sup> Vgl. Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian P.: Illusion Statebuilding – Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt, 2010, S. 8f.

---

<sup>44</sup> Reeb, Hans-Joachim: Die „neue“ Bundeswehr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48/2009, S. 23.